

GEW verlangt 2.000 zusätzliche Lehrer an Schulen



Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat 2.000 zusätzliche Neueinstellungen von Lehrern in Niedersachsen gefordert. Die Personaldecke an den Schulen sei derart dünn, dass die Pädagogen ihre Überstunden anhäuferten und dauerhaft überlastet seien, sagte der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt am Montag in Hannover. Mit 1.000 Stellen sollten die Schulen die Möglichkeit bekommen, die Klassen zu verkleinern. Vor allem an Realschulen und Gymnasien seien zu viele Schüler in den Kursen. Etwa 600 Stellen sollten für außerschulische Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, 400 für neu eingerichtete Ganztagschulen, schlägt Brandt vor. Die GEW fordert zudem ein Ende des Stellenabbaus.

Gründungsverbot für Gesamtschulen kritisiert

Auch die Altersteilzeit der Beschäftigten an Schulen müsse erhalten bleiben, verlangte GEW. Dies sei ein Erfolgsmodell, das viele Kollegen beanspruchten. Brandt forderte die schwarz-gelbe Landesregierung auf, jetzt darüber zu verhandeln, denn die Regelung laufe im Jahr 2009 aus. In diesem Zusammenhang sprach er sich dafür aus, das Pensionsalter der Pädagogen bei 65 Jahren beizubehalten. Einer dringenden Korrektur bedarf laut GEW das Gründungsverbot für Gesamtschulen in Niedersachsen. Es gebe einen Anmelderekord an den Gesamtschulen, hob Brandt hervor. Viele Schüler müssten jetzt abgelehnt werden, weil es viel zu wenig Plätze gebe. Immer mehr Eltern zögen diese Schulform für ihre Kinder vor. Die Stärkung der Hauptschule sei gescheitert.

Stand: 27.08.2007 14:50

[Home](#) | [Hilfe](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#) | [Seitenanfang](#) | [Seite empfehlen](#)

GEW: Land soll 2000 neue Lehrer einstellen

Hannover (dö). Weil die Arbeitsbelastung für die Lehrer in Niedersachsen immer mehr steige, hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Landesregierung aufgefordert, 2000 Pädagogen einzustellen. Die Klassen seien zu groß. „30 bis 35 Schüler in einer Klasse sind heute an Realschulen und Gymnasien fast die Regel“, sagte GEW-Landesvorsitzender Eberhardt Brandt. Er kritisierte, dass Kultusminister Bernd Busemann am Gründungsverbot für Gesamtschulen festhalte.

► Kritik der Lehrgewerkschaft Seite 5

GEW fordert 2000 neue Lehrerstellen

„Arbeitsbelastung an den Schulen steigt ständig“

VON SASKIA DÖHNER

Hannover. Große Klassen mit mehr als 30 Schülern, viele zu korrigierende Arbeiten, mehr Unterrichtsstoff, der in weniger Stunden vermittelt werden muss – „die Belastung für die Lehrer steigt und steigt, und zwar in allen Schulformen“, sagt Eberhardt Brandt, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: „Die Personaldecke ist so dünn, dass die Lehrer Berge von Überstunden anhäufen, die sie nicht mehr loswerden.“

● **2000 neue Stellen:** Die GEW fordert deshalb von der Landesregierung, 2000 zusätzliche Pädagogen einzustellen. 1000 dieser Stellen sollten dazu dienen, die Klassen zu verkleinern oder Arbeitsgemeinschaften aufrechtzuerhalten. 600 Stellen sollten für außerschulische Aufgaben verwendet werden, schlägt die Gewerkschaft vor, die restlichen 400 könnten den neuen Ganztagschulen zu Gute kommen. Vom Plan, Lehrer abzubauen, wie es in der mittelfristigen Finanzplanung für 2007 und 2008 zunächst vorgesehen war, sollte sich die Landesregierung endgültig verabschieden, fordert Brandt.

● **Altersteilzeit fortsetzen:** Das Altersteilzeitmodell, das 2009 auslaufe, sollte fortgesetzt werden: „Das ist ein Erfolgsmodell“, sagt Brandt. „Viele Kolleginnen und Kollegen haben das in Anspruch genommen, um auch im Alter noch engagiert unterrichten zu können.“ Kultusminister Bernd Busemann (CDU) habe sich in dieser Frage noch nicht auf eine Linie festgelegt: „Wir erwarten eine klare Aussage des Ministers“, betont Brandt.

● **Pension mit 65:** Keinesfalls dürfe das Pensionsalter für Lehrer auf 67 Jahre heraufgesetzt werden. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) solle mit den Gewerkschaften über das neue Beamtenengesetz verhandeln, anstatt es einfach von oben her zu verordnen.

● **Gegen Gesamtschulverbot:** Scharf kritisiert die GEW Busemanns starre Haltung bei den Gesamtschulen: „In keinem anderen Land gibt es im Schulgesetz ein Gründungsverbot für Gesamtschulen“, sagt Brandt, „dabei wird der Ruf der Eltern nach neuen Gesamtschulen immer lauter.“ Diese Schulen vermeldeten landauf, landab Anmelderekorde, viele Kinder müssten abgewiesen werden: „Woher nimmt sich ein Minister das Recht, eine beliebte Schulform einfach zu verbieten?“, fragt der GEW-Vorsitzende. Unverständlich sei, dass Busemann stattdessen unbeirrt an der Hauptschule festhalte, obwohl immer weniger Eltern ihr Kind auf eine Hauptschule schicken wollten.

zeug. Der Wagen schleuderte dicht. fl/Fotos: Simonsen

Personaldecke zu dünn: GEW fordert für Niedersachsen 2000 neue Lehrer

HANNOVER. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert 2000 zusätzliche Lehrerstellen in Niedersachsen. „Die Personaldecke an den Schulen ist so dünn, dass die Lehrer ihre Überstunden anhäufen und dauerhaft überlastet sind“, so Landeschef Eberhard Brandt gestern in Hannover.

Mit 1000 Stellen sollten die Schulen die Möglichkeit erhalten, die Klassen zu verkleinern. Vor allem an Realschulen und Gymnasien seien die Kurse viel zu

groß. Rund 600 Stellen sollten für außerschulische Aufgaben bereitgestellt werden und 400 für die neu eingerichteten Ganztagschulen.

Einer dringenden Korrektur bedarf nach Ansicht der Gewerkschaft das Gründungsverbot für Gesamtschulen in Niedersachsen. „Es gibt einen Anmelderekord an den Gesamtschulen“, betonte Brandt. Viele Schüler müssten jetzt abgewiesen werden, da es viel zu wenig Plätze gebe.



Fenster schließen
Ausschnitt drucken

Lehrer fordern 2000 neue Stellen

Neue Osnabrücker Zeitung

28.08.2007

dpa **HANNOVER.** Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (GEW) hat 2000 zusätzliche Neueinstellungen von Lehrern im Land gefordert. „Die Personaldecke an den Schulen ist so dünn, dass die Lehrer ihre Überstunden anhäufen und dauerhaft überlastet sind“, sagte der Vorsitzende Eberhard Brandt gestern in Hannover.

Mit 1000 Stellen sollten die Schulen die Möglichkeit erhalten, die Klassen zu verkleinern. Vor allem an Realschulen und Gymnasien seien die Kurse viel zu groß. Rund 600 Stellen sollten für außerschulische Aufgaben bereitgestellt werden und 400 für die neu eingerichteten Ganztagschulen, schlägt die GEW vor und fordert gleichzeitig ein Ende des Stellenabbaus.

Außerdem müsse die Altersteilzeit der Beschäftigten an Schulen erhalten bleiben. Dies sei ein Erfolgsmodell, das viele Kollegen in Anspruch nähmen, betonte Brandt. Zudem plädiert die Gewerkschaft dafür, das Pensionsalter der Pädagogen bei 65 Jahren zu belassen. Das Innenministerium erarbeitet derzeit ein neues niedersächsisches Beamtengesetz.

Einer dringenden Korrektur bedarf nach Ansicht der Gewerkschaft das Gründungsverbot für Gesamtschulen in Niedersachsen. „Es gibt einen Anmelderekord an den Gesamtschulen“, betonte Brandt. Viele Schüler müssten jetzt abgewiesen werden, da es viel zu wenig Plätze gebe. Immer mehr Eltern wählten diese Schulform für ihre Kinder. Die Stärkung der Hauptschule sei gescheitert.

Lehrer-Gewerkschaft fordert 2000 neue Stellen

SCHULEN Personal "dauerhaft überlastet"

HANNOVER/DPA - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (GEW) hat 2000 zusätzliche Neueinstellungen von Lehrern im Land gefordert. "Die Personaldecke an den Schulen ist so dünn, dass die Lehrer ihre Überstunden anhäufen und dauerhaft überlastet sind", sagte der Vorsitzende Eberhard Brandt am Montag in Hannover.

Mit 1000 Stellen sollten die Schulen die Möglichkeit erhalten, die Klassen zu verkleinern. Vor allem an Realschulen und Gymnasien seien die Kurse viel zu groß. Rund 600 Stellen sollten für außerschulische Aufgaben bereitgestellt werden und 400 für die neu eingerichteten Ganztagschulen, schlägt die GEW vor. Gleichzeitig fordert sie ein Ende des Stellenabbaus.

Außerdem müsse die Altersteilzeit der Beschäftigten an Schulen erhalten bleiben. Die Regelung laufe 2009 aus.

28.8.2007

Gewerkschaft fordert 2000 zusätzliche Lehrer**GEW: Dünne Personaldecke reibt Pädagogen auf / Altersteilzeit und Pensionsgrenze sollen bleiben**

HANNOVER (DPA). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (GEW) hat 2000 zusätzliche Neueinstellungen von Lehrern im Land gefordert. "Die Personaldecke an den Schulen ist so dünn, dass die Lehrer ihre Überstunden anhäufen und dauerhaft überlastet sind", sagte der Vorsitzende Eberhard Brandt gestern in Hannover. Mit 1000 Stellen sollten die Schulen die Möglichkeit erhalten, die Klassenstärke zu verringern. Vor allem an Realschulen und Gymnasien seien die Kurse viel zu groß. Rund 600 Stellen sollten für außerschulische Aufgaben bereitgestellt werden, 400 für neu eingerichtete Ganztagschulen.

Außerdem müsse die Altersteilzeit der Beschäftigten an Schulen erhalten bleiben. Sie sei ein Erfolgsmodell, das viele Kollegen in Anspruch nähmen, betonte Brandt. Er forderte die Landesregierung auf, jetzt darüber zu verhandeln, denn die Regelung laufe im Jahr 2009 aus. In diesem Zusammenhang plädiert die Gewerkschaft dafür, das Pensionsalter der Pädagogen bei 65 Jahren zu lassen.

Einer Korrektur bedarf nach Ansicht der Gewerkschaft das Gründungsverbot für Gesamtschulen in Niedersachsen. "Es gibt einen Anmelderekord an den Gesamtschulen", betonte Brandt. Viele Schüler müssten abgewiesen werden, da es viel zu wenig Plätze gebe. Immer mehr Eltern wählten diese Schulform für ihre Kinder.

© Bremer Tageszeitungen AG

DRUCKEN | FENSTER SCHLIESSEN

URL: <http://bildungsklick.de/pm/55040/politik-des-kultusministers-belastet-die-lehrkraefte-zu-stark/>
Pressemeldung von: GEW Niedersachsen

Politik des Kultusministers belastet die Lehrkräfte zu stark

GEW fordert 2000 zusätzliche Neueinstellungen und ein Ende des Stellenabbaus

Hannover, 27.08.2007 **Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Eberhard Brandt, erklärte zu Beginn des neuen Schuljahres: "Wir registrieren bei den 81.000 Beschäftigten der niedersächsischen Schulen eine wachsende Unzufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen. Die dünne Personaldecke verursacht eine schlechte reale Unterrichtsversorgung. Die Folgen: eine unhaltbare Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer und ungünstige Lernbedingungen. Es wird Zeit, dass der Kultusminister endlich etwas tut und nicht nur Sonntagsreden hält."**

Die GEW fordert zusätzliche 2.000 Neueinstellungen. Mit 1.000 Stellen sollen die Schulen die Möglichkeit erhalten, Klassen zu verkleinern und etwas Luft für Vertretungsunterricht zu bekommen. 600 Stellen sieht die GEW für die Entlastung der Kollegien für außerunterrichtliche Aufgaben vor, die Busemann vermehrt eingeführt hat. 400 Stellen sollen den neu eingerichteten Ganztagschulen zu Gute kommen, denen bisher der notwendige Ganztagszuschlag vorenthalten wird. Die Landesregierung habe in der mittelfristigen Finanzplanung ursprünglich beschlossen, in 2007 und 2008 weitere Stellen abzubauen. Davon habe sie inzwischen Abstand genommen. Dies dürfe jedoch nicht nur für Wahlkampfzeiten gelten, der Stellenabbau müsse grundsätzlich ein Ende haben. Demographiegewinne müssten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen pädagogischer Arbeit und zur Entlastung der Lehrkräfte verwendet werden.

All das Gerede von Qualitätsentwicklung könne der Kultusminister vergessen, wenn er nicht dafür Sorge, dass die Bedingungen für eine ordentliche Arbeit in den Schulen stimmten, so der GEW-Vorsitzende.

Außerdem fordert die GEW die Landesregierung auf, im neuen niedersächsischen Beamtengesetz das Pensionsalter für die Pädagoginnen und Pädagogen bei 65 Jahren zu belassen. Die GEW sieht in einer Heraufsetzung des Pensionsalters vor allem ein Programm zur Kürzung der Pensionszahlungen. GEW – Chef Brandt erwartet von Ministerpräsident Wulff, dass er diese Frage vor den Landtagswahlen entscheidet. Das Innenministerium ist aktuell mit der Erarbeitung eines niedersächsischen Beamtengesetzes befasst.

Die Altersteilzeit der Beschäftigten der Schulen – ein gut akzeptiertes Erfolgsmodell - müsse unbedingt erhalten bleiben. Dadurch schafften es viele Kollegen in den Jahren vor der Pension ihre Arbeit mit Freude weiter zu führen. Brandt möchte mit Wulff in Verhandlungen über die Weiterführung des bestehenden Modells eintreten. "Weiß die Regierung eigentlich, welche Resignation sie bei einer ganzen Generation von Lehrkräften auslösen würde, wenn die Altersteilzeit 2009 auslaufen würde?"

Die Schulpolitik der Landesregierung erfordert nach Ansicht der GEW eine dringende Korrektur: Das Gründungsverbot für Gesamtschulen müsse aufgehoben werden. Die Eltern hätten diese Schulform als Alternative zum gegliederten Schulsystem stärker angewählt denn je. Noch nie hätten so viele Schülerinnen und Schüler mangels Kapazitäten abgewiesen werden müssen. Aus rein ideologischen Dogmen halte die Regierung an dem Verbot fest; sie müsse endlich pragmatisch werden - so wie CDU und FDP in früheren Jahren.

Verantwortlich: Richard Lauenstein

Pressekontakt zu dieser Meldung

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Tel. 0511/33804-0
Internet: www.GEW-Nds.de

Zur Veröffentlichung freigegeben - GEW Niedersachsen / bildungsklick.de

[Zurück zur Meldung](#)